

Abfallzweckverband gibt Windkraft-Projekt auf

ENERGIE Ergebnisse der Windmessung über dem Hüttenfelder Deponiehügel sorgen für Ernüchterung – FDP und BUND sehen sich in ihrer Kritik bestä



Ein Jahr lang stand auf dem Hügel der ehemaligen Kreismülldeponie bei Hüttenfeld ein Mast, mit dem die Windstärke gemessen wurde. Das Ergebnis sorgt für das Ende eines Windrad-Projekts.

FOTO: KARL-HEINZ KÖPPNER

2013 folgte der Beschluss, den Wind am Standort zu messen.

Zu eindeutig seien die Zahlen, auch jenseits der Windhöflichkeit. Denn an dieser bemisst sich der Schlüsselwert des erwarteten Ertrags einer Anlage zur Energieerzeugung, der wiederum für Kreditinstitute entscheidend ist. Diese finanzieren Projekte einer solchen Größenordnung; gut fünf Millionen Euro waren für Hüttenfeld vorgesehen. Statt 5,49 Millionen Kilowattstunden im Jahr, auf die im Jahr 2012 ein sogenanntes Ertragsgutachten des

TÜV Süd gekommen waren, wären es bei weniger Wind 3,89 Millionen Kilowattstunden im Jahr.

Und dies lässt die für den Abfallzweckverband ausschlaggebende Zahl kippen: Mit 70 000 Euro jährlichem Überschuss rechneten die Verantwortlichen bis jetzt; auf der Basis der Windmessung würde daraus ein Minus von 100 000 Euro in jedem Jahr. Schimpf: „Wir haben immer gesagt, wir werden die Anlage nur betreiben, wenn sie sich aus sich selbst heraus trägt“, betonte Schimpf. Das sei wohl ein-

deutig nicht der Fall. Daher werde der Vorstand der Verbandsversammlung, in der vor allem die Bergsträßer Kommunen vertreten sind, am 7. Mai vorschlagen, das Vorhaben aufzugeben.

Der Beschluss durch die Versammlung dürfte eine Formalie sein, auch wenn damit gebilligt wird, dass fast eine halbe Million Euro für Planung und Begutachtung gewissermaßen in den Deponiehügel gesetzt wurden.

Der ZAKB legt Wert darauf, dass seine Kunden nicht dafür bezahlen müssen. Die Kosten

seien durch „Erträge der bestehenden Energieanlagen gedeckt“. Dazu zählen Fotovoltaikanlagen auf dem Hüttenfelder Hügel, die – auch das hat der Vorstand beschlossen – erweitert werden sollen.

Ob er als grüner Dezernent das Aus für die Windkraftanlage bedaure, welche die erste im Kreis Bergstraße hätte sein können? Zum einen, sagt Matthias Schimpf, sei die Windkraft im Kreis damit nicht am Ende; Projekte auf dem Kahlberg bei Fürth und im Stillfüssel bei Wald-Mi-

chelbach seien auf gutem Weg. Zum anderen gelte: „Auch ein Grüner kann eins und eins zusammenzählen. Es wäre unseriös, aus ideologischen Gründen Windräder zu bauen, die pro Jahr 100 000 Euro und mehr Defizit verursachen.“ Die Entscheidung gegen die Anlage zeige ja gerade, dass hier keine Ideologie im Spiel sei. Eine Quersubventionierung (Abfall-Kunde zahlt für Windräder) sei nie Thema gewesen.

Diese Vorwürfe hatte unter anderem die Bergsträßer FDP erhoben. Am Freitag sagte deren

Kreistagsfraktionsvorsitzender Christopher Hörst zur Nachricht aus Hüttenfeld: „Das ist eine frohe Kunde.“ Unter anderen Vorzeichen sieht es auch Guido Carl so, Mitglied des Vorstandsteams des BUND Bergstraße. Dieser hatte gegen die Genehmigungen des Regierungspräsidiums für die Windkraftanlage geklagt, aber nicht wegen Windhöflichkeit, sondern Artenschutz. „Das ist wunderbar“, sagte Carl gleichwohl, „und es bestätigt uns darin, dass ins Rheintal keine Windräder gehören“.

cris